

**Rede
der Sprecherin für Ernährung, Landwirtschaft und
Verbraucherschutz und Sprecherin für Fischereipolitik**

Karin Logemann, MdL

zu TOP Nr. 40

Erste Beratung

**Niedersächsischer Fischereidialog: Die Interessen der
Fischereibetriebe und der Küstengemeinden in einen
fairen Ausgleich mit der Notwendigkeit des Schutzes
mariner Ökosysteme bringen!**

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/11465

während der Plenarsitzung vom 11.09.2026
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir behandeln heute in der ersten Beratung den Antrag der CDU-Fraktion zum niedersächsischen Fischereidialog.

Ich möchte mit einem Punkt beginnen, bei dem wir uns vermutlich einig sind: Unsere niedersächsische Küstenfischerei - das haben wir eben gehört - braucht eine Zukunft. Sie gehört zu unserer Küste, sie gehört zu unseren Häfen, sie gehört zu unserer regionalen Wirtschaft, und sie gehört zur Identität vieler Küstenorte. Wenn Krabbenkutter aus unseren Häfen verschwinden, dann verlieren wir nicht nur einzelne Betriebe. Dann verlieren wir regionale Wertschöpfung, Arbeitsplätze, Wissen, touristische Attraktivität und ein Stück norddeutsche Kultur. Deshalb nehme ich, nehmen wir die Sorgen der Fischerinnen und Fischer sehr ernst.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, Sie fordern, die Vorschläge für fischereifreie Gebiete zu-rückzuziehen und den Fischereidialog neu aufzusetzen. Das klingt zunächst entschlossen. Nur: Einen Dialog, der bereits stattfindet und der so weit fortgeschritten ist, muss man nicht neu erfinden. Die bereits gewonnenen Erkenntnisse müssen lösungsorientiert genutzt werden. Aber selbstverständlich gilt hier: Gründlichkeit vor Schnelligkeit.

Im niedersächsischen Fischereidialog sitzen Fischerei- und Umweltverbände, Küstenkommunen und die für Fischerei und Umwelt zuständigen Ministerien gemeinsam an einem Tisch. Zusätzlich gab es zwei Regionalkonferenzen unmittelbar an der Küste. Rückmeldungen sind aufgenommen worden, Flächenvorschläge sind schon verändert worden; auch das wurde gesagt. Weitere Anpassungen sind angekündigt. Wie ich weiß, besuchen zurzeit Mitarbeitende von ML und MU die Fischer und Fischerinnen und schauen, wie man zu weiteren Lösungen kommen kann. Das halte ich für ganz wunderbar.

Selbstverständlich wird sich auch dieser Landtag weiter mit der Thematik beschäftigen. Es wird nach der Auswertung der Stellungnahmen der Fischer und Fischerinnen eine weitere Unterrichtung durch die Landesregierung in unserem Agrarausschuss geben. Das halten wir für sehr wichtig, weil wir natürlich gerne die aktuellen Hinweise der Fischerinnen und Fischer kennen wollen. Das parlamentarische Verfahren zur Änderung des Nationalparkgesetzes wird sich anschließen.

Man kann Ergebnisse kritisieren und muss einzelne Flächen kritisch hinterfragen. Selbstverständlich müssen wir genau hinschauen, wenn einzelne Häfen oder Betriebe besonders stark betroffen sind. Ich finde aber, das passiert hier. Es war am Anfang vielleicht nicht gleich ganz ersichtlich, aber im Moment sind wir da wirklich auf einem guten und, wie ich durchaus sagen möchte - jedenfalls kriege ich diese

Rückmeldung von den Fischern und Fische-rinnen -, auch auf einem partnerschaftlichen Weg. Wir müssen schauen, was dabei herauskommt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dabei dürfen wir die Ausgangslage nicht kleinreden. Unsere Küsten-fischerei steht erheblich unter Druck; das sagte auch Frau Jensen eben schon. Aktuell liegen an der niedersächsischen Küste 114 Fischereifahr-zeuge - darunter sind 88 Krabbenkutter - in 17 Fischereihäfen. Dahinter stehen Familienbetriebe und Menschen, die teilweise seit Generationen zur See fahren. Gleichzeitig werden die nutzbaren Flächen knapper; auch das wurde gesagt: Offshore-Windenergie, Leitungen, Schifffahrt, Naturschutz und weitere Nutzungsinteressen konkurrieren im Küstenmeer miteinander.

Deshalb steht für uns fest: Wer der Fischerei Flächen nimmt, muss immer die verbleibenden Fangmöglichkeiten mitdenken. Wir brauchen ausreichende und planungssichere Fanggebiete. Und wir brauchen nachvollziehbare Entscheidungen. Des-halb setzen SPD und Bündnis 90/Die Grünen auf einen umfassenderen Ansatz: Wir wollen die Flotte modernisieren und energieeffizienter machen. Wir wollen innovative und umweltschonende Fangtechniken unterstützen. Wir wollen die regionale Vermarktung und Wertschöpfung stärken. Wir wollen Forschung und Datengrundlagen verbessern. Wir wollen Nachwuchs gewinnen und die Ausbildung sichern. Wir wollen Bürokratie abbauen, wo sie den Betrieben das Leben schwer macht.

Dass das keine abstrakten Ankündigungen sind, zeigt ein ganz aktuelles Beispiel: Seit wenigen Ta-gen können niedersächsische Fischereiunternehmen Förderung für neue Wiegesysteme beantragen. Bis zu 85 Prozent der förderfähigen Kosten können übernommen werden. Die neuen Systeme erfüllen europäische Anforderungen, erfassen Wiegedaten digital und können gleichzeitig die Dokumentation für die Betriebe erleichtern. Das ist für mich vernünftige Politik. Wenn etwas gefordert wird, dann muss man auch helfen, dass es umgesetzt werden kann, und zwar finanziell. Einer „meiner“ Fischer, Sönke Thaden, sagte dazu: Das ist eine richtig gute Maßnahme. Ich werde wohl einen Antrag stellen.

Liebe Kollegen und Kolleginnen, mir liegt noch ein anderer Punkt - auch Frau Jensen hat ihn bereits genannt - besonders am Herzen: In meinen Gesprächen höre ich immer wieder, dass viele Be-triebe durchaus bereit sind, ihren Aufgabenbereich weiterzuentwickeln. Dieses Potenzial sollten und müssen wir nutzen! Unsere Fischerinnen und Fischer sind für mich die Kenner der Küstenmeere. Sie sind täglich draußen, sie sehen Veränderungen, sie kennen Strömungen und Fanggebiete, Bestände und Wetterlagen. Dieses Wissen ist wertvoll.

Warum sollten wir nicht prüfen, ob Fischerinnen und Fischer künftig zusätzliche Aufgaben übernehmen können - bei Umweltbeobachtungen, bei der Entnahme von Proben, bei der Datenerhebung oder auch bei Aufgaben rund um Schutzgebiete? Natürlich nicht zum Nulltarif - wer zusätzlich öffentliche Aufgaben übernimmt, muss

dafür auch einen angemessenen finanziellen Ausgleich bekommen. Und selbstverständlich gehören Aus- und Weiterbildung dazu.

In genau diese Richtung weist auch die Zukunftskommission Fischerei mit Ansätzen wie dem Sea-Ranger- bzw. Meeresförster-Modell. Das eröffnet eine echte Perspektive: nicht weniger Küstenfischerei, sondern ein breiteres Berufsbild für unsere Küstenfischerei.

Zusätzliche Aufgaben können Einkommen stabilisieren, sie können vorhandenes Wissen nutzen, und sie können gleichzeitig den Schutz der Meere verbessern. Für mich ist das genau der Geist, den wir brauchen: nicht Fischer gegen Naturschutz, nicht Nutzung gegen Schutz, sondern Zusammenarbeit.

Meine Damen und Herren, wir müssen auch über Geld sprechen - über das Geld des Europäischen Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds. Es ist wichtig, dass diese Mittel nicht gekürzt werden. Wir brauchen diese Mittel unbedingt, um entsprechende Maßnahmen zu sichern. Auch der Bund steht in der Verantwortung: Die Einnahmen aus dem Ausbau der Offshore-Windenergie müssen stärker dazu beitragen, die Zukunft der Küstenfischerei zu sichern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, viele Sorgen, die Sie in Ihrem Antrag beschreiben, teile ich. Aber aus Sorgen entsteht keine Zukunftsstrategie, und schon gar nicht allein aus einer Verzögerungs-taktik. Einfach Flächenvorschläge zurückziehen, den Prozess zurück auf Anfang setzen und dann erneut miteinander reden - das reicht mir nicht. Denn unsere Fischerinnen und Fischer brauchen keine Endlosschleife, sie brauchen Perspektiven. Sie brauchen Fanggebiete, sie brauchen Investitionsmöglichkeiten, sie brauchen verlässliche Fördermittel, sie brauchen zusätzliche Einkommenschancen, und sie brauchen Planungssicherheit.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.